

## Sitzungsvorlage

Beratungsvorlagennummer: VIII/1979

Öffentlich: X

Nichtöffentlich:

Gremium	Sitzungsdatum	TOP Nr.	Zuständigkeit
Stadtentwicklungs-, Planungs- und Verkehrsausschuss	12.03.2014		VB
Stadtrat	13.03.2014		B

**Betreff:** Bebauungsplan Nr. 20 G „Stakerseite/ Hinterfeld“ –Kaarst-,  
3. vereinfachte Änderung  
Abwägung aus der Behördenbeteiligung und Offenlage

### Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 G „Stakerseite/Hinterfeld“ –Kaarst- erfährt nach der Offenlage gemäß § 3 Abs.2 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs.2 BauGB keine Änderung.

Die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden werden in dieser Sitzungsvorlage abgewogen.

Aus der Öffentlichkeit sind keine Stellungnahmen eingegangen.

**Abstimmung:** Einstimmig:  Ja:                      Nein:                      Enthaltung:

### Begründung:

Die 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 G „Stakerseite/Hinterfeld“ –Kaarst- beinhaltet einen Bereich zwischen der Schwalmstraße und der Straße Hinterfeld.

Die Inhalte der 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 G sind im Wesentlichen die Neufestsetzung der öffentlichen Grünfläche ausschließlich auf den städtischen Grundstücken, die Verschiebung und Erweiterung der überbaubaren Grundstücksfläche im südlichen Bereich und die geringfügige Erweiterung der öffentlichen Verkehrsfläche am nördlichen Rand der Schwalmstraße.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr hat am 11.12.2013 (TOP 6) den Beschluss zur Offenlage gefasst.

In der Zeit vom 27.01.2014 bis einschließlich 28.02.2014 ist die Offenlage durchgeführt worden.

Die Anregungen und Bedenken sind in der beigefügten Abwägungstabelle dokumentiert und mit einer Stellungnahme der Verwaltung und einem Beschlussvorschlag versehen.

Die eingegangenen Schreiben der Behörden und Träger öffentlicher Belange sind als Anlage beigefügt.

Die Frist der öffentlichen Auslegung überschreitet den Zustellungstermin der Einladung zum PVA. Sollten in dieser Zeit noch Anregungen eingehen, werden diese bis zur Sitzung nachgereicht.

---

Nr.	Anlage
1.	Abwägungsliste
2.	Schreiben der Behörden

## Allgemeine Angaben:

### Zuständige Organisationseinheit:

Stadtentwicklung/Planung/Bauordnung

### Haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Haushaltsjahr: 2014

Produkt- / Auftragskonto: -

Kosten:	0,00 €
Verfügbare Mittel:	0,00 €
Differenz:	0,00 €
Objektbezogene Einnahmen:	0,00 €

### Deckungsvorschlag:

## Demografie-Check der Stadt Kaarst

### **Präambel:**

Der Demografie-Check der Stadt Kaarst stellt sicher, bei allen zukünftigen Anträgen und Projekten die Auswirkungen des demografischen Wandels in Kaarst besonders zu berücksichtigen. Damit zielt der Demografie-Check darauf ab, eine demografische Entscheidungsfindung zu gewährleisten und bisher nicht oder eher am Rande bewertete Aspekte bei der Vorlagenprüfung zusätzlich zu benennen, zu prüfen und verstärkt in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die politische Entscheidung sollte sich an dem Ergebnis des Demografie-Checks orientieren.

Ist bei dem Antrag oder dem Projekt der demografische Wandel relevant?

ja  nein

**Wenn nein,** dann wird auf der Beschlussvorlage dieses Kästchen angekreuzt:

Antrag/Projekt hat keine Auswirkungen auf die demografische Entwicklung.

**Wenn ja,** dann erfolgt eine weitergehende Prüfung anhand folgender Fragen:

1. Wurde Rücksicht auf die prognostizierte Zahl der Kaarster Bevölkerung innerhalb der nächsten 20 Jahre genommen?  ja  nein
2. Wurde Rücksicht auf die veränderte Alters-/Bevölkerungsstruktur der Kaarster Bürger genommen?  ja  nein

3. Sind die vorgeschlagenen Maßnahmen oder das Projekt so flexibel gestaltet, dass während oder nach der Realisierung eine Anpassung an neue Struktur der Bevölkerung vorgenommen werden kann?  ja  nein
4. Ist eine Abstimmung der vorgesehenen Maßnahmen oder des Projekts mit den benachbarten Kommunen oder dem Kreis sinnvoll?  ja  nein
5. Hat der Antrag oder das Projekt eine Verbindung zu vorhandenen Infrastrukturen (Straßen/ ÖPNV/ Datenleitungen/ Versorgungsleitungen/ Straßen- und Fußweggestaltung/ Ampelphasen usw.)?  ja  nein
6. Belasten die Folgekosten des Projekts nachfolgende Generationen?  ja  nein
7. Besteht zwischen dem Antrag oder Projekt eine Verbindung zur Abwanderung oder Integration von Migranten?  ja  nein
8. Kann sich der Antrag auf das Projekt auf die Zu- oder Abwanderung auswirken?  ja  nein
9. Berücksichtigt der Antrag oder das Projekt eventuelle Bedürfnisse nach Mehrsprachigkeit?  ja  nein

Ggf. weitere Erläuterungen:


Anmerkung:

Positiv wirken sich prinzipiell Maßnahmen aus, die Arbeitsplätze schaffen, die Bevölkerungsentwicklung stabilisieren, Familien mit Kindern und den sozialen Zusammenhalt fördern.

**Ergebnis der Prüfung** wird auf der Beschlussvorlage eingetragen:

- Antrag/Projekt berücksichtigt die Auswirkungen der demografischen Entwicklung
- Antrag/Projekt berücksichtigt die Auswirkung der demografischen Entwicklung nicht.

Kaarst, den 20.02.2014

Beigeordneter		Bereichsleiter
---------------	--	----------------